

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 46 (1966-1967)  
**Heft:** 3

**Artikel:** De Gaulle und die NATO  
**Autor:** Schwarz, Urs  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-161865>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# De Gaulle und die NATO

URS SCHWARZ

Man muß sich in das Jahr 1950 zurückversetzen, in die Zeit, in der Westeuropa mit tiefer Furcht den Aufmarsch von Armeen der Sowjetunion an seinen unbewehrten Grenzen — ja in seiner Mitte — beobachtete, um zu ermessen, wie sehr die Lage sich seither gewendet hat. Aus jener Zeit der Sorge entsprang der Ausbau des Nordatlantikbündnisses zu einer militärischen Verteidigungsorganisation. Es wäre schwierig zu bestreiten, daß diese Organisation, die NATO, maßgebend an der Wandlung der Lage beteiligt war. Der beste Beweis, daß dem so ist, liegt im Verhalten Moskaus, das seine ganze Politik darauf richtete, die NATO zu spalten, und das heute seine Genugtuung über die Zerstörung der NATO durch de Gaulle nicht verbirgt.

Die Mitglieder des Bündnisses und die neutralen oder nichtverbündeten Nationen, die seine stabilisierende Wirkung mitgenießen konnten, leben seit Jahren nicht mehr in der Furcht eines kommunistischen Überfalls, und kein Übergriff, abgesehen von der verschärften Einschnürung Berlins, ist in Europa gegen ihren Besitzstand oder ihre Rechte erfolgt. Diese Wandlung ist eingetreten, obwohl die Sowjetunion in der gleichen Zeit zur zweiten Nuklearmacht aufgestiegen ist und sich ein mächtiges Arsenal von Atomwaffenträgern zugelegt hat. Welchen Anteil Veränderungen im Sowjetreich, wie der Tod Stalins, das Unabhängigkeitsstreben der der sowjetischen Herrschaft unterworfenen europäischen Nationen, der Streit mit China, der Aufstieg der Bürokraten zur herrschenden Stellung, an der Entspannung an den Grenzen Westeuropas hatten, kann nicht genau gemessen werden. Solche Veränderungen haben mit der Verteidigungsbereitschaft Westeuropas zusammengewirkt, um die heute herrschende Überzeugung entstehen zu lassen, die Gefahr aus dem Osten sei gewichen.

Von noch stärkerer Auswirkung auf die Stabilität und das Sicherheitsbewußtsein in Europa als die in seinem engen Bereich eingetretenen Veränderungen ist die Entwicklung des Waffengleichgewichts der strategischen Abschreckung zwischen den beiden Weltmächten. Wie aus der Erklärung des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara vom 23. Februar 1966 zum Militärbudget zu entnehmen ist, würde ein Fünftel der strategischen Fernwaffen der USA, in Beantwortung eines massiven Nuklearüberfalls abgefeuert, genügen, um ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Sowjetunion und die Hälfte ihrer Industrie zu vernichten. Umgekehrt würde ein massiver

und gut geführter nuklearer Feuerüberfall der Sowjetunion auf die USA etwa 50 Millionen Menschen das Leben kosten. Daß die Sowjetunion im Angesicht solcher Vernichtungsdrohung einen massiven Angriff unter Verwendung von Nuklearwaffen gegen Westeuropa unternimmt, ist so gut wie ausgeschlossen. Sollte er trotzdem unternommen werden, so würde das, wie die Regierung der Vereinigten Staaten immer wieder unmißverständlich klar gemacht hat, auf einem der vielen Wege der Eskalation zur massiven nuklearen Vergeltung führen.

Auf den höchsten Ebenen — strategischer Nuklearüberfall auf die Vereinigten Staaten oder auf Westeuropa, massiver Landangriff unter Verwendung von Nuklearwaffen, massive Seekriegführung — ist also die Abschreckung so vollkommen, daß sie gänzlicher Kriegsverhinderung gleichkommt. Ein solcher Krieg auf höchsten Ebenen der Gewaltanwendung ist heute, als Eröffnungsphase eines Weltkonflikts, gänzlich unwahrscheinlich. Die Gefahren beginnen auf den tieferen Ebenen — mit dem Landangriff mit konventionellen Waffen ohne Einmischung von Nuklearwaffen, dem kleinen Übergriff an den Grenzen, der militärischen Infiltration, der Infiltration von Partisanen, der Unterwühlung unter Verwendung von Terrormethoden. Die Meinungsverschiedenheit darüber, wie hoch diese Gefahren einzuschätzen sind und wie ihnen zu begegnen wäre, hat im Laufe der Jahre die NATO geschwächt und ihre Mitglieder so weit voneinander entfernt, daß sie jetzt durch Frankreich in die Krise gestürzt werden konnte.

Die USA sind zu der Überzeugung gelangt, daß Angriffen auf tieferer Ebene mit den Mitteln, die der Art und der Heftigkeit des Angriffs angemessen sind, entgegengetreten werden müsse. Die Erkenntnis wurde tausendfach begründet, sowohl durch die wissenschaftliche Analyse wie durch die historische Erfahrung — man denke an Korea —, daß die massive strategische Vergeltung nicht geeignet ist, solche Angriffe zu verhindern. Deshalb hat Amerika seine «general purpose forces» aufgebaut und die zögernden Alliierten zu überreden versucht, ein gleiches zu tun. Die Alliierten Amerikas, an ihrer Spitze die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, sind aber im Grunde von diesen Überlegungen nicht überzeugt worden. Sie sind immer noch der Meinung, eine viel bessere Strategie würde darin bestehen, daß die Vereinigten Staaten der Sowjetunion mit nuklearer Vernichtung in jedem Falle eines Angriffs oder Übergriffs, welcher Art er auch sei, drohen und damit jede andere Verteidigungsanstrengung überflüssig machen.

Daß eine solche Drohung gegen die Sowjetunion — wie gegen jede andere Macht — unglaublich wäre, wurde in Amerika und von vielen denkenden Europäern längst erkannt. Daß eine solche Drohung unglaublich ist, wurde aber auch von denjenigen Europäern bald begriffen, die heute noch nicht müde werden, sie zu fordern. Sie folgerten daraus, daß man über eine eigene nukleare Abschreckung verfügen müsse.

Frankreich hat den völlig unlogischen Schluß gezogen, eine eigene strategische Abschreckungsmacht aufbauen zu müssen, weil eben die amerikanische Abschreckungsdrohung in kleinen Fällen unglaublich sei, ohne die naheliegende Überlegung anzustellen, wie viel unglaublicher denn die eigene Abschreckungsmacht sein müsse. Die NATO hat versucht, die Quadratur des Kreises zu lösen, indem Wege gesucht wurden, eine Nuklearmacht des Bündnisses aufzubauen, ohne die Verfügungsgewalt über die Waffen auf weitere Staaten als die bisherigen Nuklearmächte auszudehnen. Das Ringen um eine Lösung, das seit 1957 vor sich geht, war der zweite Vorgang, der den Zusammenhalt des Bündnisses geschwächt hat und seine Zerstörung durch Frankreich vorbereitete.

\*

Vor diesem Hintergrund ist die Politik Frankreichs zu sehen, die 1958 mit der Forderung nach einem Dreierdirektorium und der Erklärung, keine Nuklearwaffen der Allianz — lies der Vereinigten Staaten — auf französischem Boden zu dulden, begann und jetzt mit dem Rückzug Frankreichs aus der Verteidigungsorganisation des Bündnisses und dem Verbot des Überfliegens französischen Bodens durch Flugzeuge der Verbündeten gipfelt.

Präsident de Gaulle ist der Überzeugung, wie er wiederholt in seinen Pressekonferenzen ausgesprochen hat, daß mit der Gefahr eines Angriffs aus dem Osten nicht mehr zu rechnen sei. Am 21. Februar 1966 erklärte er wörtlich:

Es ist doch klar, daß infolge der inneren und äußeren Entwicklung der Länder des Ostens die westliche Welt heute nicht mehr so bedroht ist wie sie es war, als das amerikanische Protektorat in Europa unter dem Deckmantel der NATO organisiert wurde.

Alle Gründe, die einst Frankreich und zwölf andere westeuropäische Staaten in das Bündnis mit den USA und Kanada geführt haben, das ihnen den dringend gesuchten Schutz gewährte, scheinen für Präsident de Gaulle dahingefallen zu sein. Damit ist für ihn auch jede Rücksicht auf die Verbündeten dahingefallen. Solche Schlüsse aus historischen Entwicklungen können im Grunde nicht diskutiert werden, und es erscheint nutzlos, beweisen zu wollen, daß de Gaulle mit seinen Auffassungen in diesem Punkte unrecht habe. Die integrierte Kommandostruktur der NATO ist nichts als die Anwendung von Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg, in dem der Sieg nur nach der Herstellung der militärischen Integration, die sehr schwierig zu erreichen war, errungen werden konnte. Die Architekten der NATO glaubten, daß diese historische Erfahrung zwingende Gültigkeit habe. Für de Gaulle auf der anderen Seite besteht die Erfahrung aus dem Zweiten Weltkrieg darin, daß er gegen die angelsächsischen Mächte einen Krieg der Drohung und Erpressung führen mußte, um seine eigenen Ziele zu verwirklichen. Was liegt also näher,

als daß auch er aus seiner Erfahrung, oder aus dem, was er für seine Erfahrung hält, die zwingenden Schlüsse zieht? Die allgemeine Lage — Schwinden der Bedrohung aus dem Osten, inneres Zerwürfnis in der NATO über das Nuklearproblem, Umorientierung Amerikas nach Asien — läßt es jetzt als möglich erscheinen, diese Erfahrungen anzuwenden und also den Kampf gegen die Angelsachsen wieder aufzunehmen.

Frankreich fühlt sich jetzt frei, allein seine politischen Ziele zu verfolgen. Diese können etwa mit folgenden Sätzen umrissen werden:

- Vertreibung aller amerikanischen Streitkräfte aus Europa, damit das, was als amerikanisches Protektorat bezeichnet wird, ein Ende nimmt.
- Verdrängung des wirtschaftlichen Einflusses Amerikas aus Europa und später aus der Entwicklungswelt.
- Ersetzung der Vereinigten Staaten von Amerika als Instrument zur Beherrschung Deutschlands durch eine europäische Macht. Als solche kommt nur die Sowjetunion in Frage.
- Verhinderung des Eindringens britischen Einflusses im kontinentalen Europa.
- Errichtung eines Hegemonialsystems, in dem Frankreich *die Rolle Europas* und nicht *eine Rolle in Europa* spielen wird.
- Ausbeutung der Hegemonie zur Überschwemmung Europas mit französischen Agrarprodukten und zur Gewinnung des maßgebenden wirtschaftlichen und kulturellen Einflusses in den Entwicklungsländern.

Die Mitgliedschaft Frankreichs in der NATO und die Existenz der NATO an sich wäre ein unüberwindliches Hindernis auf dem Wege zur Verwirklichung dieser Ziele. Ein loses und unverbindliches Bündnis zwischen den bisherigen Mitgliedern des Nordatlantikpakts, in der Form des Paktes ohne seine militärische Paktorganisation, womöglich mit einigen ständigen politischen Organen in Paris, würde dagegen in den Rahmen der nun beginnenden französischen Operationen passen. Auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Instrument zur Errichtung hoher Zollschränken gegen Amerika und Großbritannien und die dem Einfluß Frankreichs sonst schwer zu unterwerfenden Nationen wird nützliche Dienste leisten können.

Die Methode, die den sich jetzt voll entfaltenden Manövern General de Gaulles zugrunde liegt, ist die der *indirekten Strategie*. Er hat richtig erkannt, daß die politischen Ziele, die von den Mächten bis jetzt verfolgt worden sind, weit hinter den Möglichkeiten, welche die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen bietet, zurückgeblieben sind. Es gilt jetzt, die Ziele weiter zu stecken und ihnen mit allen Mitteln zuzustreben. General Beaufre schreibt in seinem Buch *Dissuasion et Stratégie*: «Wir leben im Zeitalter der Handlungsfreiheit für die indirekte Strategie.» Die indirekte Strategie besteht darin, daß jede Macht-



position, und sei sie absolut genommen noch so schwach, ausgenützt wird, um stärkere Mächte, die wegen ihrer vielen anderen Bindungen an gewissen Stellen relativ schwach sind, zu schlagen. Rücksichtslos müssen dabei die nationalen Ziele verfochten werden. Es wird eine neue Art des kalten Krieges geführt, und zwar gegen jeden, von dem man etwas erlangen will und ohne jede Rücksicht darauf, ob er ein früherer Freund und Verbündeter oder ein traditioneller oder potentieller Gegner ist.

\*

Je weniger sich die verwirrte Umwelt klar wird über diese Zusammenhänge, desto besser für jede Regierung, die ihre Ziele mit dem Mittel der indirekten Strategie verfolgen will. Je länger die Umwelt es ablehnt, die Wirklichkeit, so wie sie sich schrittweise enthüllt, zur Kenntnis zu nehmen, desto leichter können mit dem Mittel der indirekten Strategie Überraschungserfolge erzielt werden.

Für die Mitglieder der NATO wäre jetzt die Zeit gekommen, in der sie sich klar werden müssen über das, was sie eigentlich erreichen wollen und wie das geschehen kann. Sie werden bei ihren Überlegungen gut daran tun, die Haltung Frankreichs als endgültig in Rechnung zu setzen und ihre Planung nicht auf die Möglichkeit des Verschwindens de Gaulles zu gründen. Denn erstens wird er nach menschlicher Voraussicht und aller Wahrscheinlichkeit noch lange seine Herrschaft über Frankreich ausüben. Und wenn sie einmal im physischen Sinne ein Ende nimmt, dann wird die «empreinte» de Gaulles unauslöschlich auf Frankreich haften. Die von ihm angestrebten Ziele und die von ihm angewandten Verfahren entsprechen so sehr französischen Grundvorstellungen, daß nicht anzunehmen ist, daß sich die Grundlinien französischer Politik nach de Gaulle notwendigerweise ändern müssen.

Die Fragen, die sich die Mitglieder der NATO, ob groß oder klein, heute stellen müssen, könnten etwa so lauten:

Kann und soll sich Europa von Amerika trennen und auf eigene Faust seine Sicherheit gegenüber der kommunistischen Bedrohung suchen und seine Beziehungen zu der Entwicklungswelt aufbauen?

Soll, entgegen selbst erbittertem Widerstand Frankreichs, eine zusammenhängende, integrierte Verteidigungsorganisation der alten Welt, das heißt der Völker um den Nordatlantik, aufrechterhalten werden?

Welches ist die beste Form einer solchen Organisation, und wie soll die Nuklearfrage in ihrem Rahmen gelöst werden?

Soll die Bundesrepublik Deutschland an die freien Völker des Westens gebunden bleiben, wie sie es wünscht, indem man ihr aufrichtig beisteht bei allen ihren Bemühungen, ihr Ziel der friedlichen Wiedervereinigung zu verwirklichen?

Soll Deutschland eher sich selber überlassen werden, auf die Gefahr hin, daß es sich gezwungen sieht, zur Militärmacht und Nuklearmacht zu werden, um sich zwischen Frankreich und der Sowjetunion behaupten zu können?

Soll das Ziel eines politisch geeinigten Europa im bisherigen Rahmen der Sechs weiterverfolgt werden, obwohl Frankreich jede Preisgabe nationaler Souveränität als undenkbar ablehnt?

Soll Großbritannien an der Stelle Frankreichs in die Bemühungen um eine Einigung Europas eingeschaltet werden?

Solange solche und verwandte Fragen nicht klar gestellt und beantwortet werden, muß auch die Krise der NATO, die eine Krise der nordatlantischen Welt ist, andauern. Nur auf Grund einer nüchternen Beurteilung der Lage kann sie überwunden werden. Eine Fortsetzung der Beratungen und des Wirkens der jetzigen NATO, wobei man einfach den Forderungen Frankreichs nachgibt, im übrigen aber seinen Platz für den Fall einer späteren Rückkehr offen läßt, muß zu schweren Enttäuschungen führen. Die Folgen des bisher eingeschlagenen Verfahrens der ungewissen Kompromisse lassen sich leicht voraussehen: Die Vereinigten Staaten, stark beschäftigt in Vietnam und mit Grund verärgert über Europa — für Washington ist Europa immer noch gleichbedeutend mit Frankreich —, werden schrittweise immer mehr Truppen zurückziehen. Großbritannien und Kanada werden dem Beispiele nur zu bereitwillig folgen. Die Bundesrepublik wird mit Frankreich zweiseitige Verhandlungen über die französischen Truppen auf deutschem Boden aufnehmen und, von den Verbündeten alleingelassen, von Frankreich gedemütigt werden. Dann werden sich alle Mitglieder der einstigen Allianz einzeln um Arrangements wirtschaftlicher und politischer Art mit Moskau bemühen und sich einzeln das Fell über die Ohren ziehen lassen.

Um diese leider vorauszu sehende chaotische Entwicklung, deren Ende hier nicht geschildert werden soll, zu vermeiden, müßten sich die Regierungen, die nicht das Heil und die Zukunft im Wiederaufleben der Mystik des absoluten Nationalismus französischer Prägung sehen, das Gesamtproblem gemeinsam prüfen. Auf Grund einer eingehenden und leidenschaftslosen Prüfung würden sie feststellen, was noch unternommen werden kann. Wer dann an der Verwirklichung dieses Planes teilnehmen möchte, könnte sich dazu freiwillig bereiterklären. Vielleicht würde es gelten, sich einer erneuerten und gänzlich umgebauten NATO anzuschließen, einem atlantischen Bündnis, einer europäischen Gemeinschaft. Wer mit den Plänen nicht einverstanden ist und nicht teilnehmen will und kann, bleibe fern.

Amerika wird, soll eine solche Gewissenserforschung und Planung nicht wieder ins Dickicht führen, es unterlassen müssen, eine bestimmte Lösung den anderen aufzwingen zu wollen, wie es das bis jetzt immer getan hat. Es wird den Eindruck zu vermeiden haben, daß es um andere Nationen werbe, und daß man seine höchsten Wünsche erfülle, wenn man seine Vorschläge an-

nehme. Jedem muß die Überzeugung vermittelt werden, daß er allein nach freiem Ermessen für sich selber entscheiden müsse. Nur ein solcher Entscheid ist von Dauer, nur eine auf solche Weise frei übernommene Verpflichtung wird ehrlich erfüllt.

Europäer und Amerikaner werden sich an den Gedanken zu gewöhnen haben, daß Frankreich, ebenso wie jedes andere Land, vollkommen frei ist, seinen Weg und seine Strategie zu wählen, solange es dadurch nicht vertraglich eingegangene Verpflichtungen verletzt. Sie werden sich auch der Einsicht öffnen müssen, daß Frankreich nicht verpflichtet ist, der Vorkämpfer eines vereinigten Europas zu sein, und daß es dies ernstlich nie war.

Allgemein wird man sich damit abzufinden haben, daß nicht Zusammenschlüsse an sich wirksam sind, sondern nur solche, in denen sich die Mitglieder über das gemeinsame Ziel und die zu seiner Verwirklichung anzuwendenden Mittel einig sind. Das gilt für engere Zusammenschlüsse von Staatengruppen. Anders ist es mit der Universalorganisation der Vereinigten Nationen, für die besondere Gesetze gelten, und an der alle Staaten, ohne jede Rücksicht auf ihre Ziele und Methoden, teilnehmen können. Für engere Zusammenschlüsse aber sollte in Zukunft gelten, daß sie auf Mitglieder beschränkt werden, die sich auf ein gemeinsames Ziel einigen können und die dann die übernommenen Pflichten vollständig erfüllen. Die NATO ist heute kein solcher Zusammenschluß mehr ...

Es ist das große Verdienst de Gaulles, durch seine rücksichtslose Politik den Schleier der Illusionen von der Wirklichkeit gerissen zu haben. Es wäre nun an den übriggebliebenen Mitgliedern des Bündnisses, im Lichte der Wirklichkeit ihre Beziehungen und damit die Zukunft der Alten Welt neu zu gestalten.